

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Rechnungsprüfungsausschusses am 14.05.2014**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:03 Uhr bis 18:40 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE	Vertreter für Herrn Dr. Mohamed Yousif
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE	
Herr Rudenz Schramm	DIE LINKE	Vertreter für Herrn Swen Knöchel
Herr Robert Bonan	SPD	Vertreter für Herrn Dr. Detlef Wend
Herr Johannes Krause	SPD	Vertreter für Herrn Thomas Felke
Herr Ralf Borries	Verwaltung	
Frau Mandy Böttcher	Verwaltung	
Frau Sybille Brünler-Süßner	Verwaltung	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Thomas Krohn	Verwaltung	
Frau Beate Naumann	Verwaltung	
Frau Silvia Räder	Verwaltung	
Frau Kerstin Rudolf	Verwaltung	
Herr Gunnar Schaaf	Verwaltung	
Frau Steffi Schmidt	Verwaltung	
Herr Renè Simeonow	Verwaltung	
Frau Corinna Wolff	Verwaltung	
Herr Hartmut Büchner	SKE	
Herr Dirk Gernhardt	SKE	
Herr Christoph Harendt	SKE	
Herr Thomas Hoffmann	SKE	
Herr Wolfgang Matschke	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	Vertreter: Herr Rudenz Schramm
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	Vertreter: Herr Dr. Bodo Meerheim
Herr Thomas Felke	SPD	Vertreter Herr Johannes Krause
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	Vertreter: Herr Robert Bonan
Herr Andreas Hajek	FDP	
Herr Martin Bauersfeld	MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM	
Herr Volker Preibisch	SKE	
Herr Bernd Voigtländer	SKE	
Herr Matthias Waschitschka	SKE	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 12.03.2014
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Jahresabschluss 2012
Vorlage: V/2014/12764
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende Frau Nagel eröffnet die Sitzung um 17:03 Uhr und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und durch Anwesenheit von 7 Stadträten die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Sie bittet um Feststellung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt: 7 Ja-Stimmen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 12.03.2014

Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden, ob es noch Bemerkungen zur Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 12.03.2014 gibt, äußert Herr Krause (SPD-Stadtratsfraktion), er vermisst die Antwort auf die Frage von Herrn Dr. Wend (SPD-Stadtratsfraktion), welche Rechnungen vom Büro Rauschenbach an die Stadtverwaltung und an die städtischen Beteiligungen gegangen sind.

Herr Borries (Leiter des FB Rechnungsprüfung) verweist darauf, dass Herr Bürgermeister Geier als zuständiger Beigeordneter vom OB beauftragt worden sei, die Rechnungen vorzulegen.

Herr Geier hat eine Auflistung der Rechnungen mitgebracht und verteilt. Er erwidert, bei Akteneinsicht seien die Rechnungen bereits offengelegt worden.

Herr Krause bemerkt, er habe keine Kenntnis von der Möglichkeit der Akteneinsicht gehabt.

Weiter vermisst Herr Krause die zugesicherte Antwort auf die Frage von Herrn Felke (SPD-Stadtratsfraktion), weshalb das 1. Gutachten zum MMZ nicht ausgereichend gewesen sei.

Herr Borries entgegnet, zu den Fragen von Herrn Felke bezüglich der Gutachten habe es Antworten in einer Stadtratssitzung gegeben.

Herr Krause möchte davon einen Protokollauszug.

Die Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

**Einstimmig zugestimmt: 1 Ja-Stimme
6 Enthaltungen**

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Jahresabschluss 2012** **Vorlage: V/2014/12764**

Einleitend erläutert Herr Borries Grundsätzliches zum 1. Doppischen Jahresabschluss der Stadt Halle (Saale) wie folgt:

- Es handele sich um den 1. Doppischen Jahresabschluss (JA) mit dem 1. Prüfbericht gemäß dem gesetzlichem Prüfungsauftrag aus den §§ 129, 130 GO LSA.
- Die grundsätzliche Herangehensweise des FB 14 bei Prüfung des JA sei im Vortrag in der letzten Sitzung dargestellt worden.
- Wie bei der Eröffnungsbilanz sei erneut eine prüfungsbegleitende Aufstellung des Jahresabschlusses erfolgt.
- Der Prüfbericht sei gegliedert in die Teile A und B.
- Nur der Teil A des Prüfberichtes zum Jahresabschluss 2012 sei für die Feststellung des Jahresabschlusses und die Entlastung des Oberbürgermeisters entscheidend.

Es gehe um die Feststellung: Vermittelt der JA ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild von der Lage der Kommune?

Der Oberbürgermeister habe Anspruch auf Entlastung, sofern keine gravierenden Mängel im Jahresabschluss festgestellt worden seien.

- Der Teil B enthalte wesentliche Ergebnisse der unterjährigen Prüfung.
Er enthalte keine Aussage zur Relevanz dieser Ergebnisse für den Jahresabschluss.
- Wesentliches Ergebnis der Prüfung seien folgende Feststellungen:
 - Die Verwaltungsvorschriften zur Organisation der Buchhaltung und Erstellung des JA fehlen weiterhin.
 - Die Dokumentation sei weiterhin zu verbessern.
 - Angesichts der Bilanzsumme von ca. 2 Milliarden Euro vermittele der Jahresabschluss im Wesentlichen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild.
 - Es sei ein uneingeschränkter Prüfungsvermerk mit Empfehlung zur Entlastung des OB erteilt worden.

Herr Misch (CDU-Stadtratsfraktion) bemängelt, dass es im Vorfeld keine Information darüber gegeben habe, dass nur der Teil A des Prüfberichtes ausschlaggebend zur Feststellung des Jahresabschlusses und der Entlastung des OB sei. Deshalb sei es nicht möglich gewesen, die vielen Informationen in der Kürze der Zeit zu verarbeiten.

Er stellt im Namen der CDU-Stadtratsfraktion den Geschäftsordnungsantrag, eine 2. Lesung im Juni 2014 anzuberaumen. Er räumt ein, die Nichteinhaltung der Ladungsfrist zu tolerieren.

Frau Nagel lässt abstimmen.

Die 7 anwesenden Mitglieder des Stadtrates stimmen dem Geschäftsordnungsantrag einstimmig zu.

Herr Krause möchte im Beschlusstext dargestellt haben, dass die Entlastung für zwei Personen erteilt wird, da der Oberbürgermeister im Jahr 2012 erst einen Monat im Amt war und er demnach nicht für alles verantwortlich gemacht werden könne.

Herr Borries, Herr Geier und Herr Dr. Meerheim (Fraktion DIE LINKE im Stadtrat) verweisen darauf, dass im Beschlusstext der oberste Beamte genannt werde und eine Entlastung nach Wahlperiode nicht möglich sei.

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, zu prüfen, ob der Beschlusstext geändert werden kann und in der zweiten Lesung darüber abzustimmen.

Des Weiteren avisiert sie, Fragen zum Teil B in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses im September zu diskutieren.

Herr Krause ist mit der Abstimmung über den Beschlusstext einverstanden, sofern diese in der Sondersitzung im Juni stattfindet.

Frau Nagel bittet darum, die Fragen zum Teil B schriftlich bei der Verwaltung einzureichen.

Sie erklärt, dass sie die Textstellen zum Teil A des Prüfberichtes anhand der Nennung der Seitenzahl und der Textziffer aufrufen wird, damit im Anschluss die Fragen zum Zahlenwerk gestellt werden können.

Herr Dr. Meerheim bemerkt, dass auf Seite 7 angemerkt werde, es sei zu prüfen, ob die dezentrale Buchführung im bisherigen Umfang weiterhin Bestand haben solle, da nach Auffassung der Rechnungsprüfung dadurch eine ordnungsmäßige Buchführung und der Aufbau eines wirksamen internen Kontrollsystems erschwert werden.

Er möchte wissen, welche Meinung die Stadtverwaltung dazu vertritt.

Herr Büchner (sachkundiger Einwohner) fügt hinzu, im letzten Satz fordere die Rechnungsprüfung eine Neuorganisation.

Herr Geier entgegnet, dass diese Aussage suggeriere, das Rechnungswesen sei unorganisiert. Das entspreche aber nicht den Tatsachen, da die Buchhaltung ja zentral geführt werde.

Organisatorische Veränderungen zur Anpassung an die Erfordernisse der Doppik im Fachbereich Finanzen seien geplant und vom Oberbürgermeister seit zwei Wochen genehmigt.

Er sei allerdings der Auffassung, dass auch weiterhin die Fachbereiche die Sollstellung selbst erledigen sollten und die fachspezifische dezentrale Regelung beibehalten werden solle. 65 – 70 Vorverfahren (Erstellung von Bescheiden) fließen in die Buchhaltung der Stadtkasse ein.

Herr Dr. Meerheim fragt, wer denn den Vorgang weiterverfolge, wenn beispielsweise das Ordnungsamt einen Bescheid erstelle und in die fachspezifische Fachsoftware eintrage.

Herr Geier entgegnet, das verfolge die Stadtkasse, es sei ein technischer Vorgang, er verstehe die Kritik nicht.

Herr Büchner bemerkt, das klinge, als habe die Verwaltung alles im Griff, trotzdem stehe da die Kritik.

Herr Geier räumt ein, dass beispielsweise bezüglich des Anlagespiegels in der Anlagenbuchhaltung einiges aufzuarbeiten sei.

Frau Wolff (Fachbereich Finanzen) bekräftigt die Aussage von Herrn Geier und bestätigt, dass an der Verbesserung des Informationsflusses noch gearbeitet werden müsse.

Herr Matschke (sachkundiger Einwohner) kritisiert auf Grund seiner beruflichen Erfahrung die langen Bearbeitungszeiten der Behörde, wobei er eine Kette von Befassungen festgestellt habe.

Herr Geier entgegnet, alles was in der Stadtkasse ankomme, sei in drei Tagen erledigt. Alles Andere läge in der Verantwortung der Fachbereiche.

Frau Nagel bemerkt, es sei die Frage wieviel zentral laufen solle. Es gebe auf jeden Fall ein Problem des Forderungsmanagements.

Prüfbericht S. 14, TZ 20, letzter Absatz:

Frau Nagel äußert, der FB Rechnungsprüfung mahne an, bei zukünftigen Jahresabschlüssen die gesetzlichen Fristen einzuhalten und möchte wissen, ob der Jahresabschluss 2013 denn schon vorliege.

Herr Borries verneint das.

Herr Geier avisiert, der Jahresabschluss 2013 solle nach der Sommerpause in der Rechnungsprüfung vorliegen. Man habe einen Konsens getroffen, dass der Haushalt 2013 als Ausnahme noch einmal etwas später vorliegen könne.

Frau Nagel vermisst diesbezüglich eine Äußerung in der Stellungnahme.

Herr Geier räumt ein, es habe Abstimmungsprobleme gegeben, ob es sich um eine Prüfbemerkung oder eine Kritik handele.

Herr Borries appelliert, eine normale Zeitschiene anzustreben.

Herr Büchner möchte wissen, ob man sich sorgen müsse, wenn bei einer Bilanzsumme von 1,9 Milliarden Euro 16 Millionen weg sind.

Herr Geier bemerkt, der Werteverzehr sei bei den einzelnen Positionen immer nicht groß.

Herr Borries ergänzt, das könne man so nicht beantworten, bei 500.000 Positionen seien beispielsweise 5 Cent unerheblich, die Gesamtsumme aber **nicht** unerheblich.

17:45 Uhr – Herr Bönisch (CDU-Stadtratsfraktion) trifft ein.

Prüfbericht S. 16, TZ 22

Herr Harendt (sachkundiger Einwohner) möchte weitere Erläuterungen zu den Korrekturen.

Herr Borries avisiert in Einzelfällen die Erörterungsbedürftigkeit zu prüfen.

Prüfbericht S. 27, TZ 63

Frau Nagel möchte näher erläutert wissen, weshalb Unterlagen nicht immer vollständig erbracht worden seien. Außerdem vermisse sie dazu die Stellungnahme der Stadtverwaltung.

Herr Borries erklärt, die Unterlagen seien nicht immer vollständig in Form von ordnungsgemäßer Buchführung erbracht worden (Anlagenverzeichnisse, Grundbuchauszüge Saldenlisten usw.).

Herr Geier stimmt Herrn Borries zu, die Dokumentation sei verbesserungswürdig.

Frau Nagel äußert, die Hinweise habe es früher schon gegeben. Sie interessiere, wie denn die Stadtverwaltung reagiere.

Herr Borries äußert, die Reaktion sei vorhanden, die Unterlagen seien jedoch nicht zum gesetzten Zeitpunkt geliefert worden. Das Problem sei, er könne die Prüfungszeit nicht ewig ausdehnen.

Prüfbericht S. 28, TZ 66

Herr Dr. Meerheim möchte wissen, ob sich die (mit Hinweis auf TZ 113) IT-gestützten Dinge geklärt haben.

Frau Wolff (Mitarbeiterin im FB Finanzen) erwidert, die Differenz von – 55.114,22 Euro sei bereinigt. Wenn sich Strukturen ändern, könne das immer mal vorkommen. Die Stammdatenpflege laufe zentral und Klärung sei dann unproblematisch.

Prüfbericht S. 35 TZ 105

Frau Nagel fragt, was man sich unter Auflösung von „Sonderposten“ vorstellen müsse.

Frau Wolff erklärt: Sämtliche Investitionszuwendungen von Anderen seien als Sonderposten zu führen und dann beim Verbrauch aufzulösen. Der Sonderposten sei der Gegenpart zu den Abschreibungen.

Prüfbericht S. 44 TZ 133, 1. Absatz

Herr Büchner fragt, ob die Stadtverwaltung es verbessern könne, die Zuschreibungen bei PPP nachvollziehbar darzustellen.

Herr Borries äußert, die Dokumentation sei verbesserungswürdig.

Herr Krause möchte wissen, ob es sich hier um formale Dinge handele.

Herr Borries informiert, die Nachvollziehbarkeit sei gewährleistet.

Frau Nagel hinterfragt, ob die Aktivierung im Anlagevermögen nicht vollständig sei.

Frau Wolff erklärt, die Aktivierung erfordere die Zuarbeit der Fachbereiche, wobei Verzögerungen möglich seien, aber nichts verloren gehe. Die Zahl in der Bilanzsumme stimme. Verschiebungen gäbe es in den Bilanzpositionen.

Prüfbericht S. 54, TZ 155

Frau Nagel erkundigt sich, ob es in anderen Städten auch üblich sei, dass die Hälfte der Straßen, Wege und Plätze mit einem Erinnerungswert von einem Euro bewertet werden.

Frau Wolff bemerkt, die Hälfte der Straßen sei älter als die Nutzungsdauer.

Prüfbericht S. 55, TZ 161

Frau Nagel fragt nach, was es mit dem Brunnen in Schafstätt auf sich habe.

Herr Geier bedeutet, dass Recherchen vorgenommen worden seien. Es handele sich um einen Havarie-Brunnen auf Grund einer Strahlenquelle.

Herr Borries informiert, der Brunnen gehörte der MIDEWA. Die Nachsorge hätte aus Mitteln des Unternehmens erfolgen müssen. Nach einem Stadtratsbeschluss von 2008/2009 sei der Brunnen von der Stadt übernommen worden. Rückstellungen der MIDEWA seien auf die Stadt übertragen worden.

Herr Geier ergänzt, die Rückstellungen der MIDEWA seien auch bei der Stadt als solche eingestellt worden.

Prüfbericht Seite 56

Herr Büchner fragt, ob Kunstgegenstände Abschreibungen unterliegen.

Frau Wolff erklärt, nur bei Denkmälern sei das möglich.

Herr Geier führt aus, bei Kultur und Kunst sei die Grundsatzfrage zu klären. Man müsste Kunstgegenstände einem Bewertungsverfahren unterziehen. Sie könnten jedoch nicht verkauft werden, deshalb seien hier Erinnerungswerte in Höhe von insgesamt 9,8 Millionen Euro angesetzt worden. Für die Bewertung durch Sachverständige müsse man mit einem großen 5-stelligen Betrag rechnen, was keinen Sinn mache.

Prüfbericht S. 62, TZ 173

Frau Nagel äußert, sie habe noch eine Frage zu den Aktivierungen gehabt. Diese habe sich zwischenzeitlich erledigt.

Prüfbericht S. 63, TZ 174, Tabelle

Herr Büchner und Frau Nagel möchten wissen, welche Zahl in Bezug auf die Bewertung der TOO GmbH stimme. In der Tabelle sei der Wert mit einem Sternchen angegeben und es gäbe unten einen Verweis auf einen anderen Wert.

Frau Rudolf erwidert, dass ihr versehentlich ein Schreibfehler unterlaufen sei und sie ein Austauschblatt mit der richtigen Summe geliefert habe, richtig seien 26 Millionen Euro.

Prüfbericht S. 81, TZ 219

Herrn Büchner interessiert, weshalb die Differenz von 284.078,83 Euro nicht nachvollziehbar sei.

Herr Geier informiert, es handele sich um einen Ausweis-Fehler, die Verwaltung habe dazu Stellung genommen.

Prüfbericht S.82, 219, 4. Absatz

Frau Nagel möchte beantwortet haben, wieso es Rückstellungen gäbe, aber keine Unterlagen dazu und wer in der Stadtverwaltung dazu Auskunft geben könne.

Herr Borries bemerkt, die Rückstellungen seien gemeldet aber bis zum Abschluss der Prüfung die Unterlagen nicht vorgelegt worden.

Herr Geier erwidert, die Dokumentation sei zu verbessern, eine Diskussion mit dem FB 30 habe diesbezüglich stattgefunden.

Frau Nagel hätte dazu gerne eine Aussage in der Stellungnahme gehabt.

Prüfbericht S. 84, TZ 221, vorletzter Absatz

Frau Nagel fragt, ob die Gründe zur Bildung von Rückstellungen für die drohende Rückzahlung von erhaltenen Fördermitteln für die Errichtung des MMZ noch bestehen.

Herr Borries bejaht das und bemerkt, die Rückforderungen seien bereits in der Eröffnungsbilanz berücksichtigt worden, Grund und Höhe seien unverändert, aber die Dokumentation fehle und werde für den nächsten Abschluss gefordert.

Herr Geier erwidert, wenn keine inhaltlichen Änderungen eingetreten seien, müsse das nicht kommentiert werden.

Herr Borries stellt klar, es müsse erkennbar sein, dass sich die Verwaltung damit befasst habe.

Prüfbericht S. 90, TZ 232

Frau Nagel wünscht sich eine Stellungnahme der Stadtverwaltung zur Feststellung der Rechnungsprüfung, dass kongruent zu den Forderungsbuchungen die rechnungsrelevanten Geschäftsvorfälle im Zusammenhang mit den Verbindlichkeitenbuchungen nicht immer den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung entsprechen.

Frau Wolff äußert, die Buchungen seien Sache der Fachbereiche, es sei eine Verwaltungsvorschrift zur Verfahrensweise in Arbeit, um die Fachbereiche bei den Buchungen sicherer zu machen.

Prüfbericht S. 91, TZ 236

Frau Nagel möchte eine über die Stellungnahme hinausgehende Information zur Existenz des Kontos „ungeklärte Zahlungseingänge“.

Herr Geier gibt zu verstehen, es handele sich um tausende Datenbestände aus der Kameralistik, deren Migration fehlerhaft gewesen sei und es deshalb Differenzen gegeben habe. Das Konto sei inzwischen aufgelöst, ab 2013 sei das Konto gesperrt, so dass keine Buchung mehr möglich sei.

Prüfbericht S. 99, TZ 260

Frau Nagel möchte eine Stellungnahme der Stadtverwaltung, auf welcher Grundlage die Rückstellungen für nicht verbrauchte Urlaubstage gebildet worden seien.

Herr Geier äußert, die Rückstellungen seien auf der Grundlage von Durchschnitts- und Erfahrungswerten gebildet worden.

Herr Simeonow gibt zu verstehen, dass die Rechnungsprüfung das ab 2013 fallgenau erwarte.

Prüfbericht S. 103, TZ 272

Frau Nagel fragt, wie lange es die Umbewertungen noch geben werde, welche Gründe es dafür gebe und ob in der Stadtverwaltung eine Übersicht zu den einzelnen Umbewertungen existiere.

Herr Geier antwortet, bis zum 4. Jahr sei die Änderung der Eröffnungsbilanz möglich.

Die Frage von Frau Nagel, ob dieser Zeitraum ausgenutzt werde, bejaht er.

Frau Nagel fragt nach einer Übersicht.

Herr Geier und Frau Wolff avisieren eine Übersicht für den Jahresabschluss 2013.

Prüfbericht S. 102, TZ 269

Herr Büchner möchte eine Erklärung zu den Zinsverlusten in Höhe von 2,6 Millionen Euro durch Zinsoptimierungsgeschäfte.

Herr Geier erklärt, dass es sich hier um regulären Zinsaufwand handelt.

Herr Dr. Meerheim fügt hinzu, es handele sich beispielsweise um Vorfälligkeitszinsen.

Frau Nagel bittet um weitere Fragen.

Herr Dr. Meerheim möchte noch zu **TZ 117/118** wissen, welchen Sinn es mache, die Anlagendeckung 1. und 2. Grades auszuweisen.

Herr Simeonow äußert, eine Eigenkapitalquote in Höhe von 64,1 % sei nicht typisch für eine Verwaltung und sei deshalb im Bericht angegeben. Es handele sich um eine Kennzahl, die sich aus dem Eigenkapital in Höhe von 828 Millionen Euro ableite.

Herr Dr. Meerheim fragt, ob das gut oder schlecht sei, ihm fehle eine Wertung.

Frau Wolff erklärt, Kennzahlen seien von Bedeutung um im Zeitablauf einen Vergleich anstellen zu können.

Weiter stellt er die Frage, weshalb in der Gesamtergebnisrechnung ein geringerer Betrag ausgewiesen sei als in der Finanzrechnung.

Herr Simeonow antwortet, es handele sich für 2012 um eine nachrichtliche Nennung. Die Verrechnung erfolge erst in 2013.

Herr Dr. Meerheim hinterfragt, wo ausgewiesen sei, welche Verbindlichkeiten zu den aus dem kalendarischen Haushalt übertragenen in Höhe von 239 Millionen Euro dazugekommen sind. Er sieht da ein Defizit.

Herr Geier und Frau Wolff informieren, dass sich die Verbindlichkeiten für 2012 auf 278 Millionen Euro belaufen, man müsse die Einzahlungen gegenrechnen. Die liquiden Mittel seien gesunken und die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen hätten sich erhöht. Daraus ergibt sich eine Differenz von ca. 50 Millionen Euro.

Herr Borries fügt hinzu, die Zahlen seien stichtagsbezogen.

Herrn Dr. Meerheim interessiert es weiter, weshalb die Forderungen von 20 Millionen Euro auf 54 Millionen Euro gestiegen seien und was dagegen getan werde.

Frau Wolff antwortet, im Moment seien die Forderungen auf einem Stand in Höhe von 31 Millionen Euro.

Herr Dr. Meerheim bemerkt, 11 Millionen Euro Unterschied sei ja doch erheblich.

Frau Rudolf (Mitarbeiterin im FB Finanzen) erklärt, 8 Millionen Euro seien Steuern aus 2012, die erst in 2013 fällig werden.

Herr Dr. Meerheim möchte das im Finanzausschuss vorgelegt bekommen.

Frau Rudolf fügt noch hinzu, Insolvenzverfahren seien enthalten.

Auf Nachfrage von Frau Wolff möchte Herr Dr. Meerheim den Stand der Forderungen zum 31.12.2012 vorgelegt haben.

Herr Bönisch möchte wissen, da Kommunen sich zunehmend Inkassounternehmen bedienen, ob das nicht effektiver sei.

Herr Geier informiert, dass die Verwaltung jemand aus Wiesbaden um Unterstützung gebeten habe, das mache aber nicht wirklich Sinn. Die Auswertung solle aber besser im Finanzausschuss stattfinden.

Frau Wolff fügt noch hinzu, meist führe das dazu, dass die Forderungen eher ausgebucht würden, ohne dass Geld käme.

Frau Nagel bemerkt, es sei dem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Werner Misch (CDU-Stadtratsfraktion) zugestimmt worden, eine 2. Lesung vorzunehmen. Sie bricht die Diskussion ab und bittet darum, weitere Fragen schriftlich beim Fachbereich Rechnungsprüfung einzureichen.

Abstimmungsergebnis:

Vertagt

Dem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Werner Misch (CDU-Stadtratsfraktion), die Diskussion in einer 2. Lesung fortzuführen, wurde einstimmig zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

1. Der Oberbürgermeister stellt gem. 108a Abs. 1 Satz 2 GO LSA und auf der Basis des Prüfberichtes des Fachbereiches Rechnungsprüfung vom 16.04.2014 die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2012 fest.

2. Der Stadtrat beschließt gem. § 108a Abs. 1 Satz 3 GO LSA den geprüften Jahresabschluss 2012 mit einer Bilanzsumme von 1.951.630.469,87 EUR. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 28.074.901,36 EUR wird gemäß § 24 GemHVO Doppik auf neue Rechnung vorgetragen. Davon werden 12.608.235,19 EUR durch die Verwendung der ErgebnISRücklage aus der Sonderrücklage gedeckt.

3. Der Stadtrat erteilt dem Oberbürgermeister gem. § 108a Abs. 1 Satz 4 GO LSA für den Jahresabschluss zum 31.12.2012 die Entlastung.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Anträge von Fraktionen und Stadträten liegen nicht vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten gibt es ebenfalls nicht.

zu 7 Mitteilungen

Mitteilungen gibt es keine.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Mündliche Anfragen werden keine gestellt.

zu 9 Anregungen

Anregungen gibt es nicht.

Die Ausschussvorsitzende beendet die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses um 18:40 Uhr.

Für die Richtigkeit:

Datum: 21.05.14

Egbert Geier

Bürgermeister

Elisabeth Nagel

Ausschussvorsitzende

Beate Naumann

Protokollführerin